Maßnahmen sollen mehr Wohlstand und Lebensqualität bringen

Bereits am 2. September 2016 legte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Bundeskabinett die **weiterentwickelte Demografiestrategie der Bundesregierung** "Jedes Alter zählt – Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen" vor. Diese knüpft an die Demografiestrategie von 2012 sowie an den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 14. Januar 2015 an.

Die Strategie zielt darauf ab, die Chancen der Bevölkerungsentwicklung positiv zu nutzen.

- Steigende Lebenserwartung
- immer weniger junge Menschen
- Wanderungsbewegungen innerhalb und außerhalb von Staaten

stellen die Politik vor immense Herausforderung. "Vor diesem Hintergrund haben wir die Demografiestrategie dynamisch und ausgewogen weiterentwickelt. Sie verdeutlicht, welche **Schwerpunktmaßnahmen** die Bundesregierung zur weiteren Gestaltung des demografischen Wandels treffen wird", so Bundesinnenminister Dr. de Maizière.

Maßnahmenkatalog zum Umgang mit demografischem Wandel

Mit den in der Demografiestrategie formulierten Maßnahmen will die Bundesregierung insbesondere dazu beitragen,

- das wirtschaftliche Wachstumspotenzial zu stärken, um den erreichten materiellen Wohlstand fortzuentwickeln und an künftige Generationen weitergeben zu können,
- den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren und zu fördern in den Familien, zwischen den Generationen, zwischen Kranken und Gesunden, Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden, Menschen mit und ohne Behinderungen sowie zwischen Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund,
- die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und eine hohe Lebensqualität in den vom demografischen Wandel sehr unterschiedlich betroffenen ländlichen und städtischen Regionen zu befördern und
- durch solide Finanzen die Handlungsfähigkeit des Staates, die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme und einen attraktiven und modernen öffentlichen Dienst dauerhaft zu gewährleisten.

Anregungen für die Entwicklung der Demografiestrategie werden von Arbeitsgruppen unterschiedlichster Gestaltungspartner gegeben. Nicht nur Bund, Länder und Kommunen, sondern auch die Sozialpartner und

Verbände wirken dabei mit. Auch bei der anstehenden Umsetzung der weiterentwickelten Strategie sollen diese Partner einbezogen werden.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 2. September 2016